

DAS JAHR 1968 AUS DER PERSPEKTIVE DER GESELLSCHAFTEN MITTEL-, OST- UND SÜDOSTEUROPAS

Die zweitägige Konferenz „Das Jahr 1968 aus der Perspektive der Gesellschaften Mittel-, Ost- und Südosteuropas“ wurde von der Stiftung Sozialgeschichte für das 20. Jahrhundert am 22./23.2.2008 in Bremen ausgerichtet und von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert. Als Teil eines größeren Forschungsprojektes zu 1968 unternahm die Tagung als Auftaktveranstaltung einen Brückenschlag zwischen Ost und West. Als Leiterin der Veranstaltung eröffnete Angelika Ebbinghaus die Konferenz mit der Frage: „Gab es ein globales ‚1968‘? In einigen Ausgangshypothesen verwies sie zunächst auf die großen Unterschiede wie auf die Gemeinsamkeiten der Protest- und Reformbewegungen in Ost und West. Sie fragte nach ähnlichen Ursachen und Erscheinungsformen sowie danach, wie die Zeit um 1968 als gesamtgesellschaftliche Zäsur für die systemverändernden Reformen und Revolutionen um 1989 wegbereitend war.

Jan Pauer (Bremen) leitete mit seinem überblicksartigen Beitrag zum „Prager Frühling“ und dessen Niederlage das erste Panel zum Reformprozess 1968 in der Tschechoslowakei ein. Der „Prager Frühling“ könne als dreifacher Prozess einer Selbsttransformation und Demokratisierung der Machtsphäre, einer slowakischen Emanzipationsbewegung sowie einer gesamtgesellschaftlichen sozialen Bewegung betrachtet werden. Die auf einen Modernisierungsschub in Staat und Gesellschaft folgende Reformphase sei, sowohl vom konservativen Flügel innerhalb der Partei als auch den Parteiführungen der meisten anderen Warschauer-Pakt-Staaten, zunehmend kritisch beurteilt und durch deren Zusammenwirken schließlich im August 1968 gewaltsam beendet worden. Auch die breite, zunächst durchaus erfolgreiche

Widerstandsbewegung habe die einsetzende „Normalisierung“ nicht verhindern können, die die Tschechoslowakei bis 1989 in ein „Museum des Kommunismus“ verwandelt habe.

Peter Heumos (München) beschäftigte sich mit der Bewertung des tschechoslowakischen Reformsozialismus von 1968 durch die Industriearbeiterschaft. Er ging davon aus, dass die kommunistischen Parteien in den staatssozialistischen Ländern keine effektive Kontrolle über den Produktionsprozess hatten. Die Partei habe auf eine faktische Lohndifferenzierung verzichtet, gleichzeitig jedoch (relativ erfolglos) versucht, über sozialistische Arbeitsinitiativen eine Differenzierung unter Leistungsaspekten zu schaffen. Während die Arbeiterschaft dem politischen Demokratisierungsprozess von 1968 auf breiter Basis zugestimmt habe, sei sie mit dem wirtschaftlichen Reformkonzept in Gestalt eines „Managersozialismus“ keinesfalls einverstanden gewesen. Mit der Niederschlagung des Reformexperiments hätten diese Konflikte und ihre Lösungsversuche allerdings an Bedeutung verloren.

Markéta Spiritová (München) widmete sich den Auswirkungen der Niederlage des „Prager Frühlings“ auf den Alltag tschechoslowakischer Intellektueller. Auf der Basis biografischer Interviews beleuchtete sie Identitätsverluste, Stigmatisierung, Repressionen und einschneidende Brüche in den Lebensgeschichten der befragten Personen. Spiritovás Darstellung bot in Ergänzung zu den ereignis- und arbeitergeschichtlichen Ausführungen eine interessante Innenperspektive auf die Erlebnisse, Wahrnehmungen und Deutungen derer, die unter der (frühen) Normalisierungspolitik besonders zu leiden hatten. In der anschließenden Diskussion kam auch die spezifische Rolle und Erzählposition der Frauen zur Sprache, die in ihren Erinnerungen offenbar einen anderen, eher auf den persönlichen Alltag ausgerichteten Fokus erkennen ließen.

Jörg Roesler (Berlin) gab einen wirtschaftshistorisch fokussierten Überblick über die Reaktionen der Elitenebene in den realsozialistischen Ländern auf den „Prager Frühling“. Dabei interessierte ihn vor allem die Frage, inwieweit die im Aufbau begriffenen Wirtschaftsreformprogramme der anderen Warschauer-Pakt-Staaten durch die tschechoslowakischen Entwicklungen beeinflusst wurden. Aus seiner Sicht war 1968 nicht nur Höhepunkt, sondern gleichzeitig auch Scheitelpunkt der Reformbewegungen, sei es doch in der Folge des „Prager Frühlings“ zu Machtverschiebungen in fast allen involvierten Staaten gekommen, die sich gerade zugunsten der Reformskeptiker ausgewirkt hätten. Anschließend wurde im Publikum besonders Ulbrichts Position gegenüber der ČSSR-Reformpolitik 1968 kontrovers diskutiert.

Im zweiten Panel ging es um die ungarischen Reformen und um die dortige Rezeption ausländischer Achtundsechzigerbewegungen. Hannes Lachmann (Prag, Passau) gab zunächst einen Überblick über die Lage in Ungarn 1968. Ein Reformwille war sowohl seitens der Parteiführung als auch der Bevölkerung zu verzeichnen, wobei beide pragmatische Zurückhaltung erkennen ließen. Die vergleichsweise umfangreichen Wirtschaftsreformen zeigten schnelle Wirkung. Persönliche Frei- und außenpolitische Spielräume wurden ausgenutzt, deren Grenzen aber in aller Regel respektiert. Während die Parteiführung unter János Kádár in der Militäraktion gegen die Tschechoslowakei ein notwendiges Übel sah, bedauern viele Ungarn die Beteiligung der eigenen Truppen bis heute. Protest gab es nur vereinzelt und dann

meist unter Intellektuellen und Literaten. Die staatliche und gesellschaftliche Zurückhaltung erwies sich allerdings für einige Jahre als probates, wenn auch halbherziges Reformkonzept.

Árpád von Klimó (Berlin) skizzierte in seiner Darstellung zunächst die jugendliche Subkultur, Mode und Beatgeneration in Ungarn, die vom Staat bedrängt und verfolgt wurden, sofern sie sich zu sehr von der vorgegebenen bzw. tolerierten Linie entfernten. Im Folgenden konzentrierte sich von Klimó dann auf die ungarischen katholischen Jugendgruppen, deren Überzeugungen und Aktivitäten er aus Verhörprotokollen und Überwachungsakten der Staatssicherheitsbehörden rekonstruierte. Bemerkenswert an dieser Gruppe sei vor allem, dass sie sowohl in Opposition zur herrschenden Parteidiktatur als auch zu dem von der Bevölkerungsmehrheit mitgetragenen konsumgestützten Gesellschaftsvertrag gestanden habe. In ihrer Ablehnung dieses im Grunde materialistisch geprägten Kompromisses hätten sich die Jugendgruppen an der zeitgleich an Dynamik gewinnenden westlichen Gegenkultur orientiert und von dieser auch antiautoritäre und konsumkritische Ideen übernommen.

Im dritten Panel gab Stefan Garsztecki (Bremen) einen Überblick über die Bedeutung des Jahres 1968 für Polen, in dem er auf die Studentenunruhen im März – auch in Gegenüberstellung zu den Ereignissen im Westen – und ihre Nachwirkungen einging. Garsztecki sah die Märzereignisse als dreifachen Komplex aus Studentenprotesten, einer Auseinandersetzung innerhalb der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und einer antisemitischen Kampagne. Die hauptsächlich von jungen Leuten getragene Protestbewegung wurde schnell niedergeschlagen. Die Parteiführung unter Gomułka habe bereits vor 1968 versucht, antisemitische Konkurrenten innerhalb der Partei durch ebenfalls gegen polnische Juden gerichtete Hetze auszubooten.

Andrea Genest (Potsdam) sprach zur Rolle der polnischen Arbeiter und der Rezeptionsgeschichte von 1968. In den Betrieben seien den Arbeitern Resolutionen vorgelegt worden, in denen sie die Studentenproteste verurteilen sollten. Fotografien aus einer zentral organisierten Pressekampagne zeigten den propagandistisch-inszenatorischen Charakter dieser Aktion. Trotzdem sei die Kampagne auf wenig Resonanz seitens der Arbeiterschaft gestoßen. Unter den Protestierenden befanden sich aber auch junge Arbeiter, weshalb Genest hier von einem Generationenergebnis sprach. In der Chiffre „1968“ sei in Polen insofern eine Zäsur zu sehen, als die späteren Reformbestrebungen aus der Partei in öffentliche Aktionsräume verlagert wurden. Für die folgenden polnischen Oppositionsbewegungen bis 1989 sei die Rezeption der Märzereignisse daher von großer Bedeutung gewesen.

Karol Sauerland (Warschau) lieferte einen Beitrag zu den polnisch-jüdischen Beziehungen nach 1945, in den er auch eine eigene, autobiografische Darstellung seiner Aktivitäten als junger Wissenschaftler im Jahre 1968 einfließen ließ. Er verwies auf ministerielle Maßnahmen in den 1960er Jahren, die an die Nürnberger Gesetze erinnerten. Vielen polnischen Juden habe man implizit eine Auswanderung nahegelegt. Auch die synonyme Verwendung der Begriffe „Jude“ und „Zionist“ sei Anzeichen eines zunehmenden Antisemitismus gewesen, dessen Folgen selbst nach Beendigung der offiziellen antisemitischen Kampagne spürbar waren. Als spezifische Folge des Jahres 1968 nannte Sauerland auch die Entstehung des Antiintellektualismus, der strukturelle Veränderungen an Universitäten nach sich gezogen habe.

Feliks Tych (Warschau) schloss sich den Ausführungen zum antisemitischen Charakter der Märzereignisse in einem kurzen Statement an, wobei er auch auf seine eigene Biografie verwies. Er charakterisierte die Anfänge der Proteste als eine staatlich mitorganisierte, auf antisemitische Hetze gestützte Aktion. Neben der Demokratisierungsbewegung erkannte Tych im März 1968 auch beharrliche Elemente, wobei Aktivisten in verschiedenen staatlichen Einrichtungen die Ereignisse für ihre eigene Karriere zu nutzen gesucht hätten.

Das vierte Panel war den Ereignissen in Jugoslawien 1968 gewidmet. Boris Kanzleiter (Berlin, Belgrad) sprach über die studentischen Protestbewegungen zwischen 1966 und 1975 in Jugoslawien zwischen Ost und West. Die dortige Situation habe ihren besonderen Charakter durch eine gleichzeitige Offenheit und Abgrenzung nach beiden Seiten des eisernen Vorhangs bezogen, was sich in der Studentenbewegung zeige. Deren ausdrücklich positive Bezüge auf die Verfassung und das Parteiprogramm hätten im Kontrast zu einer als enttäuschend empfundenen gesellschaftlichen Realität gestanden, was ihre politische „Sprengkraft“ ausgemacht habe. Daran anschließend richtete Krunoslav Stojaković (Bielefeld) seinen Fokus auf die Bereiche Theater, Kino und Literatur, um die Handlungsweise der jugoslawischen Intellektuellen der 1960er Jahre und deren Einflüsse auf die Studentenbewegung darzustellen. Für die an der Praxis-Philosophie orientierte Bewegung sei die Entfremdung des Individuums und die Kritik an der Massengesellschaft des jugoslawischen Staatssozialismus, aber auch des Kapitalismus zentral gewesen. Filmregisseure, Theatermanifestationen und internationale Festivals hätten zugleich eine Abgrenzung gegenüber der offiziellen Kultur wie die Selbstvergewisserung der Aktivisten ermöglicht.

Im ersten von zwei Panels zur DDR trat der Zeitzeuge Florian Havemann auf. Er betonte den apolitischen Charakter der Bewegung in der DDR, beschrieb deren lose Zusammensetzung und verglich sie mit den Achtundsechziger-Bewegungen im Westen. Damit eröffnete er eine zusätzliche Perspektive, die ihm auch deshalb wichtig erschien, weil Historiker über Dinge sprächen, über die die Beteiligten in jenem zurückliegenden Zeitraum nichts gewusst hätten. Außerdem ging er auf die begrenzten Möglichkeiten ein, sich dem Regime zu entziehen; eine davon war die Flucht in den Westen, die auch er gewählt hatte.

Die Sicht des Zeitzeugen wurde durch Bernd Gehrke (Potsdam) ergänzt, der zum „unscheinbaren Schlüsseljahr“ 1968 in der DDR vor allem aus wissenschaftlicher Sicht Stellung nahm. So könne in der DDR 1968 von einer Revolte im eigentlichen Sinne zwar nicht die Rede sein, dennoch habe es außergewöhnlichen Protest gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings gegeben, auch unter Beteiligung der in dieser Situation letztmalig in Erscheinung tretenden autonomen Arbeiterbewegung. Insofern sei 1968 durchaus als Schlüsseljahr für die Entwicklung der Konfliktgeschichte der DDR zu sehen.

Das zweite DDR-Panel wurde von Stefan Bollinger (Berlin) eingeleitet, der über Sozialismusreformen zwischen Effizienz, Demokratisierung und Repression mit Blick auf die tschechoslowakischen und ostdeutschen Entwicklungen sprach. Zwischen Berlin und Prag habe Uneinigkeit darüber geherrscht, wie weit diese Veränderungen gehen müssten und auf welche Bereiche sie sich beziehen sollten. Während die Prager Reformer sich nicht auf den Wirtschaftsbereich begrenzen wollten,

habe man in Berlin einer Demokratisierung der Gesellschaft einschließlich der Infragestellung einer administrativ-repressiven Führungsrolle der Partei stets skeptisch gegenübergestanden.

Marc-Dietrich Ohse (Hannover) referierte über die „unruhevolle Jugend“ in der DDR 1968, der er eine mitunter eigensinnige Nutzung von Freiräumen attestierte. Die SED habe sich dadurch bedroht gefühlt und diese Räume in der Folge bald radikal eingeschränkt. Insofern habe die gesellschaftspolitische Entwicklung 1968 in der DDR im internationalen Vergleich eher stagniert. Dennoch gab es besonders bei der jüngeren Generation innerhalb der Bevölkerung einen erheblichen Modernisierungsdrang und eine stärkere gesellschaftliche Differenzierung, allerdings vor allem im ideellen und diskursiven Bereich. Während sich im freizeitkulturellen Leben der DDR Modernisierungstendenzen gezeigt hätten, habe ein breiter gesellschaftlicher Diskurs mangels einer ungelentkten Öffentlichkeit nicht stattgefunden.

Ute Kätzel (Berlin) wagte im letzten Vortrag des DDR-Panels einen Vergleich der Frauenbewegung in Ost und West. Als Beispiel für sich an den Zielen der APO und der Studentenbewegung West orientierende Gruppierungen und Aktionen in der DDR nannte sie die Kommune 1 Ost. Sie betonte jedoch, dass eine Achtundsechzigerbewegung mit vergleichbaren Protestformen sowie Experimenten mit neuen Lebens- und Erziehungsformen dort unmöglich war. Dennoch hätten sich der im Westen entstehenden Neuen Frauenbewegung allmählich auch viele Ost-Aktivistinnen im Sinne einer feministischen „Diskursgemeinschaft“ zugehörig gefühlt und Feministinnen im Westen etwa auf berufliche Errungenschaften in der DDR verwiesen. Dem auch durch die Ost-Achtundsechzigerinnen veränderten Selbstverständnis der Frauen schrieb sie eine wichtige Rolle beim Zusammenbruch des Regimes zu. Die Frauen in der DDR seien 1989 nicht länger bereit gewesen, ein verordnetes Emanzipationsverständnis zu akzeptieren, sondern hätten aus eigenen Überlegungen politische Schlussfolgerungen und Forderungen ableiten wollen.

Das zu Konferenzbeginn aufgestellte Desiderat einer globalen und transnationalen Perspektive auf die Ereignisse des Jahres 1968 konnte die Konferenz natürlich nicht für alle Regionen und Einflussrichtungen umfassend erfüllen. Die durchaus unterschiedlichen Ausgangssituationen und Reaktionen in der ČSSR, Ungarn, Polen, Jugoslawien und der DDR verdeutlichten allerdings eindrucksvoll die Heterogenität innerhalb des so genannten Ostblocks. Diese Parallelbetrachtung erwies sich als äußerst produktiv, weil sie interessante Wechselbeziehungen und Einflüsse zwischen den behandelten Regionen ebenso aufdeckte wie sie auch zeigte, dass das Protestverhalten und die Zusammensetzung der Trägergruppen jeweils stark von den national unterschiedlichen Vorerfahrungen geprägt waren.

Als roter Faden und häufiger Bezugspunkt erwies sich der „Prager Frühling“, der nicht nur aufgrund seines dramatischen Endes auch im Westen stark rezipiert wurde und, wie sich zeigte, vor allem in den staatssozialistischen Ländern weitreichende Reaktionen auslöste. Der eingangs geforderte Schwerpunkt auf die Ost-West-Transfers musste insgesamt dem „Ostfokus“ weichen. Insofern bezog sich die deutliche Konzentration auf Mittel- und Südosteuropa nicht nur auf die Perspektive (wie im Veranstaltungstitel angekündigt), sondern auch auf das Betrachtungsobjekt selbst. Dies zeigt, dass sich allein für die östlichen Phänomene viele interessante

Fragen stellten, von denen hier einige beantwortet wurden. Hinsichtlich einer methodologisch anspruchsvollen Gegenüberstellung der Aktivitäten beiderseits des Eisernen Vorhangs besteht offensichtlich noch Forschungsbedarf. Wie sich zeigte, waren die Protestaktionen (auch innerhalb der sozialistischen Einflussphäre) sehr unterschiedlich. So kann in der DDR oder Ungarn 1968 von einer „sozialen Bewegung“ wohl kaum die Rede sein. Einige die Blockgrenzen überschreitende, verbindende Elemente wie Freizeitkultur, Mode und Musik scheint es zwar gegeben zu haben, im Osten aber nicht unbedingt als Massenphänomen. In Polen etwa (so Garszteckis Beitrag) habe man 1968 um elementare Bürgerrechte gekämpft, während die oft damit verglichene französische Bewegung von solchen bereits ausgehen konnte. Dieser fundamentale Unterschied trifft auch auf die meisten anderen Vergleiche zwischen östlichen und westlichen Protesten zu. Auch nach den an die einzelnen Beiträge anschließenden Diskussionen verbleibt der Grundeindruck, dass die Entwicklungen im Westen 1968 (die an sich ja schon unterschiedlich genug waren) kaum auf die staatssozialistisch geprägten Systeme übertragbar sind; eine sinnvolle Perspektive ergibt nur der punktuelle Vergleich oder wiederum eine Zusammenschau mit einer sehr großen Brennweite.

Nicht vollständig zu beantworten war die Eingangsfrage nach den Auswirkungen von 1968 auf die Systemveränderungen von 1989 oder gar bis heute. Isoliert für einzelne Staaten wurde sie in einigen Beiträgen aufgegriffen. Eine auf 1968 aufbauende Kausalkette bis zum Systemwechsel herzustellen, erschien dabei allerdings problematisch bis unmöglich. Einigkeit herrschte in den meisten Fällen dennoch darüber, dass in vielen ostmitteleuropäischen Ländern die Ereignisse der 1960er Jahre bis heute eine prägende Rolle für das nationale und historische Selbstverständnis spielen. Inwieweit sie andauernde soziale und mentale Umbrüche bewirkten, blieb aber strittig, so etwa in der Diskussion zwischen dem Ostberliner Zeitzeugen Havemann und dem Historiker (und Zeitzeugen) Gehrke.

Die meisten Rede- und Diskussionsbeiträge konzentrierten sich makroperspektivisch auf politische und soziale Prozesse. In Anbetracht des breit angelegten Konzepts sowie der stark ereignisgeschichtlich und nationalhistoriografisch geprägten Traditionen innerhalb der behandelten Regionen überrascht das kaum. Besonders bereichernd waren daneben jene Beiträge, die auch kleinere Akteursgruppen und/oder deren theoretische Konzepte aufgriffen und diese zum Teil in einen transnationalen Kontext stellten. Gerade diese Fragen wurden ausführlich in die Publikumsdiskussion miteinbezogen, wie etwa solche zu (nicht nur dem polnischen) Antisemitismus, der Frauenbewegung oder kleineren jugendlichen Protestgruppen.

Abschließend lässt sich diese multiperspektivisch und transnational angelegte Tagung als großer Erfolg und wichtiger Beitrag zur historischen Aufarbeitung von „1968“ als Chiffre im europäischen Kontext bewerten. Pünktlich zum 40. Jahrestag des August 1968 ist auch bereits der Konferenzband erschienen.¹

Prag

Hannes Lachmann

¹ *Ebbinghaus*, Angelika (Hg.): Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr. Hamburg 2008.